

NEUFASSUNG DER TAGESORDNUNG

21. Sitzung
des Ausschusses für Europa und Internationales

am Mittwoch, 26. September 2018, 14:00 Uhr
Johann-Jakob-Moser-Saal

TAGESORDNUNG – öffentlich

1. Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 31. Juli 2018
– Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache [16/4602](#)
(Geänderte Fassung)
2. Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 16. Juli 2018
– Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt – Drucksache [16/4471](#)
3. Antrag der Abg. Barbara Saebel u. a. GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums
– Baden-Württemberg und Katalonien als Partner im Netzwerk der „Vier Motoren für Europa“ nach dem Unabhängigkeitsreferendum – Drucksache [16/4224](#)
4. Gespräch mit Vertretern des Netzwerks Soziales Europa Baden-Württemberg über dessen Arbeit und Ziele

Das Gespräch ist für 15.00 Uhr vorgesehen.
5. Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vom 10. Juli 2018
– Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds – Drucksache [16/4439](#)

6. Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau vom 16. Juli 2018
 - Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Aufstellung des Weltraumprogramms der Union– Drucksache [16/4476](#)

 7. Antrag der Abg. Peter Hofelich u. a. SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
 - Das Freihandelsabkommen Japan-EU Free Trade Agreement (JEFTA) der Europäischen Union und seine Bedeutung für Baden-Württemberg– Drucksache [16/4367](#)

 8. Antrag der Abg. Peter Hofelich u. a. SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
 - Die Handelsbeziehungen mit den USA und Auswirkungen von US-Strafzöllen auf die Wirtschaft in Baden-Württemberg– Drucksache [16/4538](#)

 9. a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa
 - Ergänzung von Ortseingangsbeschilderungen der Heilbäder und Kurorte um das staatlich anerkannte Prädikat– Drucksache [16/3978](#)
(Geänderte Fassung)

 - b) Antrag der Abg. Rainer Hinderer u. a. SPD und Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa
 - Führen des Prädikats „Staatlich anerkanntes Heilbad“/ „Staatlich anerkannter Kurort“ auf Ortseingangsschildern in Baden-Württemberg– Drucksache [16/4586](#)
10. Verschiedenes

Willi Stächele MdL